

MEDIENMITTEILUNG

ANSTEHENDE SCHLIESSUNG VON GASTROBETRIEBEN: DAS MASS IST VOLL!

Während der Staatsrat des Kantons Freiburg neue restriktive Massnahmen ergreift, um die Ausbreitung des COVID-19-Virus zu stoppen, werden Gastwirte und Betreiber öffentlicher Gaststätten einfach zur Seite geschubst, so, als würden sie in einen dunklen Abgrund katapultiert. Das neue Massnahmenpaket, das an und für sich angesichts der bedeutenden Entwicklung der Pandemie durchaus gerechtfertigt ist, lässt den Wirtschaftssektor, den GastroFribourg hier vertritt, völlig ausser Acht.

Es lohnt sich vielleicht, daran zu erinnern, dass die mit der Gastronomie, den Bars und anderen verwandten Bereichen verbundenen Wirtschaftsaktivitäten im Kanton in normalen Zeiten einen Jahresumsatz von rund 800 Millionen Franken sowie mehr als 12'000 Arbeitsplätze für etwa 1'600 Betriebe darstellen. Das bedeutet, dass das Fehlen von konkreter Hilfe in diesem Sektor bei den neuesten Entscheidungen unserer Regierung nur mit Erstaunen, wenn nicht gar mit Verwunderung oder Wut einhergehen kann.

"Die Einschränkungen von heute entsprechen der Freiheit von morgen", konnte man den Staatsrat gestern anlässlich der Pressekonferenz sagen hören. Wie kann dieser fromme Wunsch anders verstanden werden als ihn in seiner übersetzten Form zurückzugeben: „Die Einschränkungen von heute kündigen die Pleiten von morgen an“, wenn ihnen keine konkreten Massnahmen folgen. Nicht nur, dass die Tätigkeiten unseres Wirtschaftszweigs mit fast sofortiger Wirkung eingestellt werden, während andere Bereiche kaum oder gar nicht von diesen Beschränkungen betroffen sind, sondern es wurde, als ob das nicht schon genug wäre, bisher auch noch keine Hilfe geleistet oder in die Wege geleitet.

Dem Unverständnis folgen auch Fragen. Steht der Entscheid, unsere Betriebe zu schliessen, deren Gesundheitsmanagement in vielerlei Hinsicht vorbildlich war, nicht im Widerspruch zur Möglichkeit, 10 Personen in einem öffentlichen oder privaten Raum zu versammeln, bei der keine Kontrolle, keine Gesundheitsmassnahmen und keine Rückverfolgung obligatorisch sind. Wie steht es mit der Kurzarbeitsentschädigung und einer realistischen Definition von Härtefällen, die, wenn wir uns an die eidgenössischen Bestimmungen halten, fast niemanden in unserem Tätigkeitsbereich betreffen werden? Und was ist mit den mehrfach geforderten bedingungslosen finanziellen Massnahmen? Während des Medienauftritts unserer Ratsmitglieder wurden zu diesen Themen nur einige wenige rätselhafte Sätze ausgesprochen.

Es geht nicht mehr darum, abzuwarten oder zu zögern. Unsere Branche ist in Lebensgefahr. Es reicht auch nicht mehr, es vor der Presse, vielleicht sogar einfühlsam, zu sagen. Jetzt muss gehandelt werden. GastroFribourg und die Mitglieder des Verbandes wünschen, dass der Staat das Überleben dieser Branche durch eine erste konkrete Massnahme, eine verantwortungsvolle und dringende Handlung garantiert.

Heute, am Morgen der angeordneten Schliessung, beantragen wir die Gewährung eines Betrages in der Höhe von 6 Millionen, ohne jegliche Bedingungen, damit die Novembermieten der Cafés, Restaurants und anderen Einrichtungen beglichen werden können. Diese Unterstützung, die in keiner Weise mit den 3 Millionen verbunden ist, die ursprünglich für die Wiederbelebung der Freiburger Wirtschaft vorgesehen waren, ist eine erste unerlässliche

Massnahme, die wir fordern, da die Monate November und Dezember oft fast 50% des Jahresumsatzes dieser Unternehmen ausmachen.

Weitere Unterstützungsanträge, die für ein gutes Gleichgewicht in unserem erneut hart von der Wirtschaftskrise betroffenen Wirtschaftszweig unerlässlich sind, werden bald folgen. Es handelt sich hier um eine Rettungsaktion für das Überleben einer ganzen Branche in unserem Wirtschaftsgefüge. Eine Branche, die einen echten sozialen Zusammenhalt schafft, der weit über unsere Kantonsgrenzen hinaus wichtig ist und anerkannt wird.

GastroFribourg richtet daher an dieser Stelle einen Appell an unsere Regierung. Die Lage ist ernst und die Zukunft unserer Mitglieder steht auf dem Spiel. **Es gibt keine Wahl mehr: Handeln Sie!**

Freiburg, 3. November 2020

Kontakt: Muriel Hauser, Präsidentin, Tel. 079 275 19 70